

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

| | |
|---|--|
| Ausschussbetreuender Fachbereich Finanzen | Datum 18.01.2008 |
| | Schriftführer Andrea Pees |
| | Telefon-Nr. 02202/142609 |
| Niederschrift | |
| Finanz- und Liegenschaftsausschuss | Sitzung am Donnerstag, dem 13. Dezember 2007 |
| Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach | Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:50 Uhr |
| | Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) |
| Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis | |
| Tagesordnung | |

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 13.09.2007 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)**
679/2007
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilung des Bürgermeisters**
- 6. Sanierung/Ersatz des Hallenbades Mohnweg**
676/2007

7. **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege
Änderung der Geldleistungen an die Tagespflegepersonen**
524/2007
8. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach
- Jahresbericht 2006
- Wohnungsbauprogramm 2007**
666/2007
9. **Gründung einer Infrastrukturgesellschaft**
672/2007
10. **Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2007**
673/2007
11. **Haushalt 2008**
671/2007
12. **Wirtschaftsplan 2008 FB 8**
678/2007
13. **Antrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2007**
1. die städtischen Schulgelände vor unbefugter Nutzung zu schützen und
2. den Schutz der Anwohner vor Lärmbelastigung außerhalb der Schulzeiten in
geeigneter Form sicherzustellen
627/2007
14. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2007, die**
Verwaltung zu beauftragen, bei der nächsten europaweiten Ausschreibung für
die Versorgung mit elektrischem Strom die Leistungsbeschreibung zu 100 % für
Ökostrom aus erneuerbaren Energien zu formulieren
677/2007
15. **Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2007, die Verwaltung wird beauftragt zu**
prüfen, welches zur Sanierung anstehende Schulgebäude unter besonderer
Berücksichtigung energetischer Sanierung zu einer "Niedrigenergie-Schule"
modellhaft für weitere Sanierungen städtischer Gebäude umgerüstet werden
kann.
692/2007
16. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil**

2. **Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und
Liegenschaftsausschusses am 13.09.2007 gefassten Beschlüsse**
685/2007

3. **Mitteilungen des Vorsitzenden**

4. **Mitteilung des Bürgermeisters**

5. **Ankauf von Flächen im Bebauungsplangebiet Nr. 5240 - Stadtgarten - Änderung
zum Beschluss vom 13.09.2007**
629/2007

6. **Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zu Gunsten der Stadt
Bergisch Gladbach in das Grundbuch für die Errichtung eines
Regenklärbeckens an der Senefelderstraße**
598/2007

7. **Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Entsorgungsdienste Bergisch
Gladbach GmbH**
675/2007

8. **Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Entsorgungsdienste Bergisch
Gladbach GmbH**
674/2007

9. **Übernahme einer Bürgschaft zugunsten des FC Bensberg**
681/2007

10. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Haasbach, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fest. Er bittet die Ausschussmitglieder sich von ihren Plätzen zu erheben und eine Gedenkminute für den am 12.10.2007 verstorbenen Ausschussvorsitzenden Klaus-Peter Freese einzulegen.

Herr Nagelschmidt beantragt, die Tagesordnungspunkte 11 und 12 aus organisatorischen Gründen zu tauschen.

Hierzu erfolgen keine Wortbeiträge, so dass die Tagesordnung umgestellt wird.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil

@-> Herr Dr. Kassner bittet darum eine vollständige Teilnehmerliste des letzten Ausschusses nachzureichen.

Herr Dr. Fischer möchte protokolliert haben, dass bei der Bewertung von Grundstücken nach dem Niedrigwertprinzip bewertet wird.

Danach wird die Niederschrift vom 13.09.2007 genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses am 13.09.2007 gefassten Beschlüsse (Öffentlicher Teil)

@-> Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Herr Haasbach teilt mit, dass ihm unter dem Datum 09.11.2007 ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zugegangen und dieser in der Tagesordnung enthalten ist.

Weiterhin ist ihm ein Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion auf Änderungen zum Haushalt 2008 zugegangen. Herr Haasbach schlägt vor, diesen beim

TOP Haushalt 2008 mit zu behandeln.

<-@

5 Mitteilung des Bürgermeisters

@-> Herr Muth teilt zur Bewirtschaftung des Jahresabschlusses 2007 mit, dass eine Verrechnung mit dem Abwasserwerk durchgeführt wird. Beim Abwasserwerk wurde über den Jahresabschluss 2004 ein Gewinnverwendungsbeschluss über 5,5 Mio. € zugunsten des Haushalts gefasst. Auf Beschluss des Verwaltungsvorstandes wurde nachkalkuliert und der kalk. Zinssatz von 8 % auf 7,34 % gesenkt. Dies bedeutet einen geringeren handelsrechtlichen Ertrag in Höhe von 551.000 €. Die Verrechnung, also die Gewinnreduzierung, wird im Haushalt 2007 durchgeführt, so dass es dann zu einer Reduzierung der Gewinnabführung durch das Abwasserwerk in Höhe der 551.000 € kommt.

Des weiteren teilt Herr Muth mit, dass von einer renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Angebot zur Überprüfung der Derivaterichtlinien vorliegt, welches bei ca. 40.000 € liegt. Es wird mit einer weiteren Gesellschaft Kontakt aufgenommen, um zu schauen, ob es dort ein günstigeres Angebot gibt.

Auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Fischer erläutert Herr Muth, dass das Abwasserwerk im Jahre 2004 5,6 Mio. € abgeführt hat und durch die Nachkalkulation in 2004 nur ca. 5 Mio. € hätte abführen müssen, so dass es eine Überzahlung des Abwasserwerkes in Höhe von 551.000 € gab. Diese Überzahlung, die in 2005 für 2004 durchgeführt wurde, wird im Jahre 2007 mit dem Gewinn aus 2006 verrechnet.

<-@

6 Sanierung/Ersatz des Hallenbades Mohnweg

@-> Herr Sonnenberg stellt für die KIDiative einen Vertagungsantrag.

Herr Lang möchte wissen, wie es zu der Differenz von 180.000 € in der Vorlage und 200.000 € Veranschlagung im Wirtschaftsplan kommt.

Herr Martmann antwortet hierauf, dass der Betrag 180.000 € der richtige Betrag ist.

Herrn Ziffus erscheint es sinnvoll, die beiden Bäder Mohnweg und Hans-Zanders-Bad zu sanieren. Es wird jedoch immer noch auf das Konzept gewartet. Unter der Voraussetzung, dass im Rahmen der Planung auch Alternativen dargestellt werden, stimmt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN der Beschlussvorlage zu.

Auch Herr Nagelschmidt übt Kritik daran, dass noch kein Bäderkonzept vorliegt. Trotzdem besteht Einvernehmen mit der SPD, Planungskosten für die Sanierung des Hallenbades Mohnweg in den Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes einzustellen. Da der Antrag der CDU-Fraktion auch das Hans-Zanders-Bad betrifft, stellt sich die Frage, wie die Beratungsfolge im Aufsichtsrat der Bädergesellschaft aussehen wird, um auch dieses Thema zu einem Abschluss zu bringen.

Herr Kleine erklärt, dass das Bäderkonzept erst erstellt werden kann, wenn der Vertrag „Mediterrana“ abgeschlossen ist.

Herr Waldschmidt spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus, da die Sanierung des Hallenbades Mohnweg notwendig ist.

Herr Lang schließt sich der Meinung an.

Sodann wird über den Vertagungsantrag abgestimmt.

Der Vertagungsantrag der KIDiative wird mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der BfBB abgelehnt.

Herr Dr. Baeumle-Courth kritisiert ausdrücklich, dass er in der Zeitung gelesen hat, dass der Bürgermeister erst nach dem Verkaufsbeschluss des Mediterana erfahren hat, wie viele Schwimmstunden im Mediterana stattfinden.

Herr Dr. Fischer möchte zum einen wissen, ob es sich um Investitionsmittel oder laufende Kosten handelt und zum anderen, ob das Hallenbad Mohnweg zum Vermögen der Stadt gehört.

Herr Martmann antwortet hierauf, dass es sich um Investitionsmittel handelt. Planungskosten zählen mit zur Investition und werden auch mit abgeschrieben. Das Bad gehört zum Vermögen der Stadt, das die Stadt dem Immobilienbetrieb zugewiesen hat.

Herr Dr. Kassner macht darauf aufmerksam, dass die CDU in ihrem Antrag auch Planungskosten für das Hans-Zanders-Bad beantragt hat. Dies gehört jedoch in die Bäder GmbH und muss vom Aufsichtsrat beschlossen werden. Er stellt den Antrag, den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft aufzufordern, Planungskosten für die Sanierung des Hans-Zanders-Bades bereitzustellen.

Herr Mumdey erklärt, dass man auch die Vertreter in der Gesellschafterversammlung anweisen kann. Diesem Vorschlag tritt Herr Dr. Kassner bei.

Herr Dr. Fischer stellt an die Vertreter des Aufsichtsrates der Bädergesellschaft die Frage, welche Dringlichkeit bei der Sanierung des Hans-Zanders-Bades besteht und welche Maßnahmen getroffen werden müssen.

Herr Hoffstadt bemerkt, dass jedem Ratsmitglied der schlechte Zustand des Bades Mohnweg einerseits und andererseits die absolute Notwendigkeit dieses Bad zu erhalten bewusst sein müsste. Weiterhin möchte er wissen, ob auf den bereits vorliegenden Planungen zur Sanierung des Bades aufgebaut wird oder ob jetzt eine ganz neue Planung stattfindet.

Herr Mumdey antwortet hierauf, dass die vorhandenen Planungen, die insbesondere bei der Bäder GmbH vorhanden sind, als Grundlage genommen und aktualisiert werden.

Herr Ziffus schlägt vor, dass Sponsoren, sofern sie denn vorhanden sind, in die Planung mit einbezogen werden.

Herr Waldschmidt möchte wissen, ob der Finanzausschuss den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft anweisen kann oder ob hier die Zuständigkeit beim Rat liegt.

Herr Mumdey erläutert hierzu, dass Anweisungen an eine GmbH nicht in den Finanzausschuss gehören, sondern im Rat behandelt werden müssen.

Sodann lässt Herr Haasbach über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung der Kidiative

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsmittel in der Höhe von 180.000 Euro für das Wirtschaftsjahr 2008 in den Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebes aufzunehmen.

Die Mittel werden für die Sanierungs- bzw. Ersatzplanung des Hallenbad-Turnhallen-Komplexes an der Wilhelm-Wagener-Schule bereitgestellt.

Herr Dr. Kassner beantragt, dem Aufsichtsrat der Bädergesellschaft zu empfehlen, sich der Sanierung des Hans-Zanders-Bades schnellstmöglich anzunehmen.

Nach einer weiteren Diskussion geht der Ausschussvorsitzende davon aus, dass dieser Antrag an geeigneter Position eingebracht wird.

Im Ausschuss besteht einvernehmen darüber, dem Aufsichtsrat zu empfehlen sich der Angelegenheit Hans-Zanders-Bad schnellstmöglich anzunehmen.

<-@

7 **Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagespflege**
Änderung der Geldleistungen an die Tagespflegepersonen

@-> Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

<-@

8 **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach**
- Jahresbericht 2006
- Wohnungsbauprogramm 2007

@-> Herr Nagelschmidt merkt an, dass bereits im Vorjahr Einvernehmen im Ausschuss darüber erzielt wurde, dass die Vorlage künftig erst im Sozialausschuss besprochen werden soll. In diesem Jahr wurde dies nicht berücksichtigt. Er hofft, dass es im nächsten Jahr klappt.

Herr Waldschmidt stellt fest, dass eine sinkende Tendenz beim Mietwohnungsbestand zu erkennen ist, die Interessentenzahl dagegen stagniert. Bei den Seniorenwohnungen ist ein Anstieg zu verzeichnen. Er sieht hier das Problem, dass es künftig mehr Wohnungslose als Wohnungen gibt.

Herr Waldschmidt ist der Meinung, dass ein Appell an das Land gerichtet werden müsse, da das Land die Mittel für den sozialen Wohnungsbau in großem Maße in die Eigentumsmaßnahmen umdirigiert hat. Er sieht hierin den falschen Weg.

Herr Ziffus denkt, dass das Kernproblem darin liegt, dass mehr Flächen zur Verfügung gestellt werden müssen, um den sozialen Wohnungsbau zu fördern.

Herr Lang erklärt, dass nicht nur das Land, sondern auch die Stadt selber tätig werden muss.

Herr Martmann erläutert, dass kein Kausalzusammenhang zwischen der Bereitstellung von Grundstücken und der Anzahl von Sozialwohnungen in Bergisch Gladbach besteht. Die Stadt Bergisch Gladbach baut unabhängig von der Bereitstellung städt. Grundstücke Sozialwohnungen. In 2006 waren es 80 Wohnungen. Im übrigen wurde die Förderung vor drei Jahren umgestellt, so dass die hohen Grundstückspreise, die früher dazu führten, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnung den Mietzins nicht mehr erreichte, keine Rolle mehr spielen. Diese werden heute in Einzelverhandlungen mit den Investoren durch die Wohnungsbauförderungsstelle beim Kreis verhandelt. Und es gibt dann bei entsprechenden Grundstückspreisen höhere Landeszuschüsse. Insofern muss planerisch ständig darauf hingewirkt werden solche Flächen zu haben, die aber nicht unbedingt im Eigentum der Stadt liegen müssen. Wichtig ist es, dass es nicht zu einem Engpass kommt im Bereich der Mittel, die nach dem zweiten Wohnungsbaugesetz bereitgestellt werden. Denn die Förderung die hier stattfindet kann nicht durch die Stadt geleistet werden, sondern die Stadt kann hier nur beraten, was sie bis vor kurzem auch mit der eigenen Wohnungsbauförderung getan hat. Der Zusammenhang, die Stadt hat keine Grundstücke verkauft und deswegen sieht alles so schlecht aus, den gebe es nicht. Kritik üben kann man evtl. daran, dass es augenscheinlich zu einem Rückgang der mietpreisgebundenen Wohnungen kommt. Die Wohnungen laufen aus der Mietpreisbindung aus und es werden zu wenig Wohnungen nachgebaut. Dies liegt daran, dass hierfür die Mittel fehlen.

Herr Nagelschmidt möchte wissen, ob das Grundstück „Pannenberg“ evtl. für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Dr. Fischer gibt an, dass die Mittel die zur Förderung zur Verfügung standen, in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft wurden. In diesem Jahr sind sie um 100 % überschritten worden.

Herr Hoffstadt möchte wissen, wer für die Erstellung des in dem Bericht genannten Konzeptes zuständig ist.

Herr Lang stellt fest, dass die Förderungsbedingungen heute etwas ungünstiger sind als früher. Er ist der Meinung, dass man einen Investor eher reizen kann Sozialwohnungen zu bauen, wenn man ihm ein preisgünstiges Grundstück anbietet.

Herr Muth erläutert, dass die Federführung zur Erstellung eines Konzeptes beim Kreis liegt.

Herr Hoffstadt denkt, dass hier auch die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft tätig werden muss.

Frau Schöttler-Fuchs erklärt, dass sich der Sozialausschuss in 2006 mit dem Wohnungsbericht befasst hat und dass dieser identisch ist, mit dem Bericht, der jetzt vorliegt. Sie findet es bedauerlich, dass nun schon zum zweiten Mal Dinge in anderen

Ausschüssen behandelt werden, die eigentlich in den Sozialausschuss gehören.

Herr Haasbach stellt fest, dass der Ausschuss darüber einig ist, den Wohnungsbericht in den nächsten Sozialausschuss (13.02.2008) zu verweisen. Danach wird sich der Ausschuss nochmals mit der Angelegenheit befassen.

<-@

9 Gründung einer Infrastrukturgesellschaft

@-> Herr Mumdey erläutert, dass die Gründung einer kommunalen Infrastrukturgesellschaft aus Sicht der Verwaltung lediglich für die Umsetzung des Baulandmanagements als sinnvoll erachtet wird. Auf dieses Gebiet werde man sich konzentrieren.

Im Januar will man sich drei Beispiele anschauen, um dann in der darauf folgenden Sitzung des FLA eine endgültige Empfehlung zu geben, ob sich eine solche Gesellschaft für Bergisch Gladbach empfiehlt.

Herr Nagelschmidt dankt der Verwaltung für die Vorlage.

Er bittet darum zu bedenken, dass die derzeitige Haushaltssituation nicht für alle Zeit festgeschrieben ist. Momentan gibt es sicherlich wenige Gründe, die für die Gründung einer solchen Gesellschaft sprechen. Dafür besteht jedoch die Chance aktiv mitzuarbeiten und flache Hierarchien zu bekommen. Er ist nicht der Meinung, dass die Umsetzung des Baulandmanagements der einzige Themenbereich sein soll, er könnte sich auch die Entwicklung von förderfähigen Projekten als Themenbereich vorstellen.

Herr Lang stellt fest, dass der Rat in Bergisch Gladbach am wenigsten zu sagen hat. Er warnt davor weitere Gesellschaften zu gründen.

Herr Ziffus begrüßt die Vorlage, da er die Notwendigkeit einer solchen Gesellschaft sieht.

<-@

10 Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2007

@-> Die Vorlage wird zu Kenntnis genommen.

<-@

11 Haushalt 2008

@-> Herr Mumdey erläutert die zugestellte Vorlage und darüber hinaus die bis zur Ratssitzung noch zu berücksichtigenden Änderungen.

Herr Kleine findet die frühe Verabschiedung des Haushaltes gut.

Herr Nagelschmidt stellt den mit der SPD erstellten Änderungsantrag vor und bittet darum, diesem zuzustimmen.

Herr Ziffus erklärt sich mit dem Änderungsantrag von CDU und SPD überwiegend einverstanden. Allerdings der Verzicht auf das Kinderhaus fällt ihm schwer, da alle anderen Alternativen wesentlich teurer sind. Er bittet Herrn Mumdey bis zur

Ratssitzung um eine Vergleichsberechnung zwischen Heimunterbringung und Unterbringung in einem Kinderhaus. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass in Bergisch Gladbach höhere Grundsteuersätze gerechtfertigt sind. Er bittet darum, die Diskussion um die Erhöhung der Grundsteuer auf einer vernünftigen, sachlichen Basis zu führen. Herr Ziffus macht darauf aufmerksam, dass in Nordrhein-Westfalen 13 Schulen beispielhaft zu Niedrigenergieschulen saniert werden sollen. Er bittet Herrn Martmann darum, sich um die Fördermittel zu bemühen, damit dann möglicherweise eine der in Frage kommenden Gladbacher Schulen (AMG, DBG, OHG oder NCG) in das Programm mit aufgenommen wird.

Herr Dr. Fischer stellt den Antrag, die Abführung des Bilanzgewinns des Abwasserwerkes auf den Wert des letzten oder diesen Jahres einzufrieren, weil durch die laufenden, weiteren Investitionen im Abwasserwerk dieser Wert laufend steigt und er indirekt als eine laufende Zusatzbelastung der Bürger angesehen werden muss.

Er möchte wissen, ob die Verschlechterungen, die Herr Mumdey erläutert hat, Positionen sind, die tatsächlich bei der Veranschlagung vergessen wurden.

Herr Mumdey antwortet hierauf, dass es sich bei der Position Miete tatsächlich um eine vergessene Position handelt, die Krankenhausumlageerhöhung jedoch erst nach der Einbringung des Haushalts bekannt wurde.

Bezüglich der Abführung des Bilanzgewinns Abwasserwerk macht er nochmals deutlich, dass es im städt. Haushalt immer noch ein Defizit von über 10 Mio. Euro gibt.

Bezüglich der von Herrn Ziffus geforderten Vergleichsberechnung zwischen Kosten für die Unterbringung im Heim und Kosten bei Unterbringung in einem Kinderhaus erläutert er, dass eine Fremdunterbringung in Heimen immer die letzte und kostspieligste Möglichkeit ist und dass ihm eine Vergleichsrechnung nicht möglich ist.

Herr Haasbach bittet darum keine Sachdiskussion zu führen.

Herr Schütz bittet um getrennte Abstimmung, da die KIDiative nicht dafür ist, das Kinderhaus zu streichen. Ansonsten wird die KIDiative den Änderungswünschen der Kooperation zustimmen. Zu Punkt 14 -Projektmittelgleichstellung- möchte Herr Schütz wissen, was sich CDU und SPD darunter vorstellen. Anschließend stellt er den Antrag die Grundsteuer A und B um jeweils 5 %-Punkte anzuheben. Des weiteren bittet er darum, dass die Verwaltung im nächsten Frühjahr eine Haushaltsklausurtagung zum Thema Haushaltsziele durchführt. Er bittet darum, für das Handlungsfeld 1 -Haushaltskonsolidierung, kommunale Haushaltswirtschaft- das Ziel Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, nämlich versteckte Subventionen und Zuschüsse werden abgebaut und Zuschüsse werden dann im Haushalt dargestellt, zu ergänzen.

Herr Lang bedankt sich beim Kämmerer dafür, dass er eine Vorlage vorgelegt hat, in der die Ausgaben nicht höher geworden sind.

Er bittet darum, über die Gebührenhaushalte getrennt abzustimmen. Herr Lang möchte wissen, worum es sich bei den 650.000 € handelt. Auch in Bezug auf das Kinderhaus bittet er um Informationen. Dem Punkt Park + Ride Duckterath wird er nicht zustimmen, wenn es darum geht, Parkplätze zu schaffen.

Herr Waldschmidt verweist auf den schriftlichen Antrag, der gemeinsam mit der CDU-Fraktion gestellt wurde und erklärt, dass der eingeschlagene Konsolidierungskurs fortgeführt wurde, da man sich bei den Änderungswünschen sehr maßvoll verhalten hat. Zu dem Projektmittel Gleichstellung erläutert er, dass es sich hierbei z.B. um die Wiedereingliederung von solchen Frauen handelt, die nicht über Harz IV gefördert werden.

Herr Waldschmidt bittet Herrn Dr. Fischer darum, zu erläutern, wie er den Einnahmeverlust im städt. Haushalt durch die Reduzierung der Abführung des Bilanzgewinns Abwasserwerk kompensieren möchte.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet die Verwaltung darum bei zwei oder drei Kommunen nachzufragen, was das Leitmotiv für die Betreuung eines Kinderhauses ist oder eben warum keines geführt wird. Weiterhin ergänzt er zu den Anträgen von Herrn Ziffus, einen Betrag einzustellen für die Messung von Feinstaub insbesondere in der Stadtmitte und die Einrichtung einer Stelle in der Stadtplanung.

Herr Nagelschmidt äußert seine Begeisterung darüber, dass auch die Opposition die eingebrachten Vorschläge gut findet. Zum Thema Straßenbeleuchtung erläutert er, dass nach Informationen aus der Verwaltung keine Möglichkeit besteht, in der Kürze der Zeit diesen Betrag zu verbauen, somit ist die Einsparmöglichkeit nicht gegeben. Zum Ansatz Park + Ride erläutert er, dass das Geld tatsächlich zur Erweiterung der Fläche gedacht ist, um das Parkchaos dort zu beseitigen. Die Erweiterung soll zunächst provisorisch erfolgen um evtl. später anderweitig über diese Fläche zu entscheiden.

Herr Martmann macht darauf aufmerksam, dass die im CDU/SPD-Antrag gewünschte Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2009 und 2010 in Höhe von insgesamt 2,5 Millionen Euro zu niedrig ist, da evtl. Preissteigerungen nicht eingeplant sind.

Sodann ruft Herr Haasbach zur Abstimmung auf.

Aus dem Antrag der CDU/SPD nimmt er die Punkte 5, 9 und 12 heraus und lässt alsdann über den Antrag in Gänze abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Danach erfolgt die Abstimmung über **Punkt 5 „Verzicht Kinderhaus“**.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei Gegenstimmen der F.D.P., der BfBB, der KIDiative, einer Gegenstimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Als nächstes erfolgt die Abstimmung über **Punkt 9 „Bau Radstation“**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei Gegenstimmen der BfBB und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Punkt 12 „Park + Ride Duckterath“:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei Gegenstimmen der F.D.P., der BfBB, einer Gegenstimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hiernach fordert Herr Haasbach die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, nochmals kurz ihre Änderungswünsche zu benennen, damit dann eine Abstimmung hierüber erfolgen kann. Sodann führt Herr Ziffus die Änderungswünsche auf:

Punkt 1 „Stelle in der Stadtplanung“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU, SPD, F.D.P. und der BfBB bei Enthaltung der KIDiative

Punkt 2 „Umstellung auf Ökostrom“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU, SPD und der F.D.P.

Punkt 3 „Eine Schule als Niedrigenergieschule“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei einer Enthaltung

Der Ausschuss ist einvernehmlich der Meinung, eine Schule zur Niedrigenergieschule umzustellen. Hierüber soll der AUIV beschließen oder beraten.

Punkt 4 „Messung Feinstaub“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU, SPD und der F.D.P., bei Enthaltung der KIDiative und einer Stimme aus der CDU

Punkt 5 „Baumschutzsatzung“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU, SPD, F.D.P. und der BfBB

Punkt 6 „Anhebung der Grundsteuer B auf 500 v.H.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU, SPD, KIDiative, F.D.P. und der BfBB

Herr Haasbach bittet Herrn Dr. Fischer nochmals den Antrag der F.D.P. zu stellen.

Herr Dr. Fischer stellt sodann den Antrag, die Abführung des Bilanzgewinns aus dem Abwasserwerk auf den Wert des Jahres 2007 einzufrieren. Das bedeutet, die

Gewinnabführung, die jetzt geplant ist von 5,6 Mio. € auf 5,2 Mio. € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU und der SPD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDiative

Nunmehr bittet Herr Haasbach die KIDiative ihre Änderungswünsche vorzutragen.

Punkt 1 „Anhebung der Grundsteuern A und B um jeweils 5 % Punkte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU, SPD, F.D.P. und BfBB

Punkt 2 „Verwaltung wird beauftragt, eine Haushaltsklausurtagung zu organisieren, um konkretere und messbare Haushaltsziele zu formulieren“

Dieser Wunsch der KIDiative wird vom Ausschuss als sinnvoll zur Kenntnis genommen.

Die Abstimmung über die von Herrn Schütz vorgelegten Änderungswünsche zu den Haushaltszielen wird nach einer Diskussion in den Rat verschoben.

Sodann lässt Herr Haasbach über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei Enthaltung der F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der KIDiative

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2008 wird unter der Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

12 **<-@**
Wirtschaftsplan 2008 FB 8

@-> **Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei Gegenstimmen der F.D.P.

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“ für das Jahr 2008 wird in der dem Rat am 20.09.2007 vorgestellten Fassung einschließlich der im Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 13.12.2007 zur Beratung vorgelegten Änderungen beschlossen.

13 **<-@**
Antrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2007
1. die städtischen Schulgelände vor unbefugter Nutzung zu schützen und
2. den Schutz der Anwohner vor Lärmbelästigung außerhalb der Schulzeiten in

geeigneter Form sicherzustellen

@-> Herr Waldschmidt fragt nach den Beschlussvorschlägen aus den vorangegangenen Ausschüssen.

Herr Mumdey erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 20.11.2007 zu diesem Punkt zwei Beschlüsse gefasst hat, nämlich dass der Verwaltungsvorschlag abgelehnt wird und dass auch der CDU-Antrag abgelehnt wird. Der ABKSS dagegen ist dem Beschlussvorschlag in seiner Sitzung am 27.11.2007 gefolgt, wobei das Wort „gravierend“ ergänzt wurde.

Herr Martmann merkt an, dass der Finanz- und Liegenschaftsausschuss, als Werksausschuss für den Immobilienbetrieb, fachlich zuständig ist. Er erläutert weiterhin, dass die Verwaltung erhebliche Probleme mit Vandalismus und ständigen Zerstörungen an einigen Schulen hat und daher der Auffassung ist, dass an bestimmten Brennpunkten die Zerstörungen städtischen Eigentums durch Einzäunungen zu verhindern ist. Es ist keinesfalls beabsichtigt alle Schulgrundstücke einzuzäunen.

Herr Dr. Fischer erklärt, dass er dem Verwaltungsvorschlag zustimmen kann, da die Einzäunung nur an Brennpunkten erfolgt. Er geht davon aus, dass diese Einzäunungen tagsüber möglicherweise offen bleiben, um den Jugendlichen Spielmöglichkeiten während der Tageszeit zu geben.

Herr Lang wehrt sich gegen eine Verallgemeinerung. Er ist der Meinung, dass bei Schwierigkeiten an dem einen oder anderen Ort geklärt werden muss, wie diesen speziellen Schwierigkeiten zu begegnen ist. Darüber hinaus möchte er wissen, wie viele Schäden entstanden sind.

Herr Martmann erklärt, dass es sich um junge Erwachsene handelt, die mit Autos auf die Schulgrundstücke fahren und dort nachts Saufgelage veranstalten. Sie greifen die Polizei an und sind gewalttätig. Gegen diese Jugendlichen muss etwas unternommen werden. Denn sie sind es, die regelmäßig z.B. im Innenbereich der Grundschule Hebborn die Fenster kaputt schlagen. Die beabsichtigten Maßnahmen haben nichts mit Jugendfeindlichkeit zu tun, sondern sie sind die Anerkennung einer Realität, die es bereits in Bergisch Gladbach gibt.

Herr Nagelschmidt bekräftigt den Antrag.

Auch Herr Ziffus kennt solche Vorfälle und hat Verständnis für die Maßnahmen.

Herr Kleine hält die Diskussion in diesem Ausschuss nicht mehr für zielführend, da bereits im ABKSS ausreichend darüber diskutiert wurde.

Herr Sonnenberg klagt an, dass mit einem Zaun das Problem nicht zu lösen ist, da die Jugendlichen sich dann andere Plätze suchen. Er möchte wissen, was die Zäune kosten und ab wann abends abgesperrt werden soll. Er bittet darum, falls dies beschlossen wird, weitere Maßnahmen vorher im Ausschuss zu behandeln.

Im Anschluss an die Diskussion lässt Herr Haasbach über den im ABKSS gefassten

Beschluss abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei Gegenstimmen der KIDinitiative und Enthaltungen der BFBB

Beschlussvorschlag:

<-@

@-> Die Verwaltung wird beauftragt, bei gravierenden Problemen an Schulgrundstücken eine Einzäunung zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.

<-@

14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2007, die Verwaltung zu beauftragen, bei der nächsten europaweiten Ausschreibung für die Versorgung mit elektrischem Strom die Leistungsbeschreibung zu 100 % für Ökostrom aus erneuerbaren Energien zu formulieren

@-> Antrag wird verschoben

<-@

15 Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2007, die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welches zur Sanierung anstehende Schulgebäude unter besonderer Berücksichtigung energetischer Sanierung zu einer "Niedrigenergie-Schule" modellhaft für weitere Sanierungen städtischer Gebäude umgerüstet werden kann.

@-> Antrag wurde unter TOP 11 -Haushalt 2008- mit beschlossen.

Beschlussvorschlag:

<-@

@-> Die Verwaltung wird beauftragt, mögliche Probleme und Lösungen im Zusammenhang mit einer solchen Sanierung an kurz- und mittelfristig anstehenden Maßnahmen praktisch zu untersuchen und dem Ausschuss über die Ergebnisse zu berichten.

<-@

16 Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Herr Sonnenberg möchte wissen, ob der Rat über die neue Leistungsprämie für Beamte des Verwaltungsvorstandes entscheiden wird.

Herr Mumdey erläutert, dass sich diese Prämien ausschließlich auf Beamte mit A-Besoldung beziehen. Da die Verwaltungsvorstandsmitglieder B-Besoldung erhalten, fällt hier keine zusätzliche Leistungsprämie an.

Herr Ziffus erläutert, dass am DBG einige Kollegen aufgrund der festgestellten PCB-Belastung eine PCB-Untersuchung im Körper haben machen lassen. Er möchte wissen, wie und in welcher Form die Kollegen diese Rechnung bei der Stadt einreichen können, da diese Untersuchung von den Krankenkassen nicht übernommen wird. Er möchte dies schriftlich beantwortet haben, bei einer Ablehnung mit Begründung.

Dann möchte Herr Ziffus noch wissen, ob es stimmt, dass die Existenz von Wilhelmi-Decken am DBG in einem Protokoll der Stadt aus dem Jahre 2002 vorkam und dann, obwohl den Fachleuten hätte bekannt sein müssen, welches Risiko diese Wilhelmi-Decken beinhalten, fünf Jahre nichts unternommen wurde.

Herr Nagelschmidt möchte wissen, was, vorbehaltlich der Beschlussfassung im Rat, mit dem Grundstück Pannenberg geschieht.

Herr Martmann erläutert, dass das Grundstück entsprechend der im Bebauungsplan festgesetzten Bebauung vermarktet werden könnte und es soll überprüft werden, ob Sozialwohnungen gebaut werden können.

Herr Haasbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@